

Burundi: Adventisten fordern Einmischung der Regierung zu beenden

Pastor Lamec Barishinga, der im November 2018 neu gewählte Kirchenleiter und ehemaliger Finanzvorstand der Adventisten in Burundi, wurde am 24. Oktober bei der Ausreise zur Teilnahme an einem internationalen Treffen von adventistischen Kirchenleitern, verhaftet. Schon im Mai 2019 verhaftete die Regierung 22 Adventisten, darunter auch Pastor Lamec Barishinga, um sie einzuschüchtern, ließ sie aber auf Intervention der adventistischen Weltkirchenleitung nach einigen Tagen wieder frei.

Gespräch mit dem Innenminister von Burundi

Dr. Ganoune Diop, Direktor für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung, leitete vor Kurzem eine Delegation, die vom Innenminister von Burundi zu einer Aussprache eingeladen worden war. Dabei sollten die Meinungsverschiedenheiten beendet werden, wer der gesetzliche Vertreter der Adventisten in Burundi sei. Der Regierungsvertreter habe aber auf seiner Position beharrt. Anschließend sei die Situation eskaliert, weil der Staat den aus seiner Funktion entobenen ehemaligen Kirchenleiter unterstützt habe, so Diop.

Weltkirchenleiter schreibt seelsorgerlichen Brief an Adventisten in Burundi

Nachdem es in den letzten Wochen in adventistischen Kirchen in Burundi zu gewalttätigen Übergriffen seitens der Polizei gegen Gottesdienstbesucher kam, schrieb Pastor Ted Wilson, adventistischer Weltkirchenleiter, am 13. Oktober den Kirchenmitgliedern in Burundi einen Brief. Darin sprach er ihnen das Mitgefühl aus und versicherte sie der Solidarität und Gebete der weltweit 21 Millionen Kirchenmitglieder. Er

wünschte, dass durch die Gebete „Gott die Herzen derer berührt, die euch Schmerz und Leid zufügen“.

Teilkontinentale Kirchenleitung fordert Ende der Einmischung durch den Staat

Die Ost-Zentralafrikanische Kirchenleitung (East-Central Africa Division) der Adventisten in Nairobi/Kenia schreibt auf ihrer Webseite: „Unter Mitwirkung der lokalen Behörden scheint es eine systematische Welle von Einschüchterungen, Belästigungen und sogar Inhaftierungen von Siebenten-Tags-Adventisten zu geben. Diese Maßnahmen sind ein Versuch, die Adventisten in Burundi zu zwingen, einen ehemaligen Leiter zu akzeptieren, der aus seinem Amt entfernt wurde.“ Ausgewählte Kirchgemeinden seien für wöchentliche Razzien ausgesucht worden, um die Mitglieder einzuschüchtern. Die jüngsten Aktionen zeigten das Niveau des moralischen Verfalls. „Wir hoffen, dass die schändlichen Taten dieser Beamten untergeordneter Dienststufen ... schnell ein Ende finden“, schreibt die teilkontinentale Kirchenleitung der Adventisten in Nairobi.

Im Zusammenhang mit den Verhaftungen der 22 adventistischen Kirchenmitglieder im Mai 2019, schrieb Dr. Ganoune Diop: „Die jüngsten Verhaftungen haben deutlich gemacht, dass sich die burundische Regierung in die Entscheidung bezüglich der Leitung der adventistischen Kirche einmischt und gegen die Grundsätze der Religionsfreiheit verstößt. Das ist ein Verstoß gegen die völkerrechtlichen Menschenrechtsverpflichtungen Burundis“.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten beteilige sich weder beim Einsetzen noch beim Absetzen von Regierungen. Der Grundsatz der Trennung von Religion und Staat schließe jede Verwicklung der Adventisten in die Angelegenheiten einer Regierung oder eines Staates aus. Die weltweit 21 Millionen adventistischen Kirchenmitglieder hätten die Freiheit, ihre politischen Vertreter nach ihrem individuellen Gewissen zu wählen, so Diop.

Adventisten in Burundi

In Burundi, einem Land mit 11,5 Millionen Einwohnern, leben laut Jahresbericht 2018 der adventistischen Weltkirchenleitung rund 145.000 adventistische Christen. Sie feiern jeweils samstags, dem biblischen Ruhetag, in 437 Kirchengemeinden und 464 Gruppen Gottesdienst. Sie unterhalten 23 Sekundarschulen mit 5.400 Schülern, 47 Primarschulen mit 22.800 Schülern sowie sechs Kliniken und ambulante Versorgungsstationen.